

## Öffentliche Niederschrift

über die 13. Sitzung  
des Klimabeirates am 01.02.2024  
im Ratssaal, Rathaus, Berliner Str. 70, 33330 Gütersloh

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr  
Sitzungsende: 19:26 Uhr

### Anwesend sind:

Vorsitzender:

1. Gramlich, Kurt

Mitglieder:

2. Birke, Hans-Ulrich
3. Elliger, Jan-Gerald
4. Große-Freese, Hans-Heinrich
5. Fabisch, Mark in Vertretung für Christoph Wendker
6. Prof. Dr. Kaimann, Andrea
7. Kattenstroth, Gerhard
8. Kostka, Alexander; KH
9. Lambracht, Julian
10. Ostermann, Margret
11. Peitz, Petra
12. Rieping, Stephan
13. Schneidt, Stefan
14. Schröder, Thorsten
15. Dipl. Ing. Topmüller, Brigitte

Beratende Mitglieder:

16. Becker, Bernd; FDP
17. Birkenhake, Hermann; CDU
18. Libuda, Ralf; Stadtwerke Gütersloh
19. Mitschke, Hans-Günter in Vertretung für Martin Noack
20. Sperling, Klaus, BfGT

Es fehlen:

Höfel, Jörg  
Wendker, Christoph  
Linzel, Inga  
Dr. Noack, Martin  
Wolinda, Marc-Stefan  
Wolters, Sonja

Folgende stellvertretende Mitglieder haben an der Sitzung teilgenommen:

Dierkes, Michaela  
Lakämper, Markus  
Schenk, Hans  
Schüre, Bernd  
Dr. Waesch, Gunnar  
Warzecha, Anne-Katrin  
Weihrauch, Marlies

Folgende stellvertretende Mitglieder haben an der Sitzung nicht teilgenommen:

Bille, Simone  
Entrup, Hartmut  
Klee, Anette  
Prof. Dr. Ing. Knüppel, Konja Manuel  
Opfer, Emma  
Schepsmeier, Petra  
Stevens, Andreas  
Westerbarkey, Martin  
Weiter nehmen teil:

Von der Verwaltung:

Hensen, Hans-Bernd  
Herrling, Nina  
Dr. Ilklic, Sena  
Pollex, Leif, als Schriftführer

Zuschauer:

Es haben Zuschauer teilgenommen.

## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

1. Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung
2. Anträge auf Änderung der Tagesordnung
3. Bericht des Vorsitzenden
4. Bericht aus den Facharbeitsgruppen
5. Stadtklimagutachten
6. Schwammstadt und Hochwasser
7. Klimaschutzkonzept
8. Antrag der FAG Bauen und Sanieren: Sukzessive Umsetzung von integrierten energetischen Quartierskonzepten
9. Fragen der Verwaltung an den Klimabeirat
10. Fragen der Politik an den Klimabeirat
11. Verschiedenes

**Vorsitzender Kurt Gramlich** begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Klimabeirates fest.

### Öffentliche Sitzung

#### **1. Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung**

Es gibt keine Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung. Herr Gramlich wünscht sich künftig einen früheren Versand des Protokolls. Hierdurch solle das rechtzeitige Zustellen der enthaltenen Informationen in Richtung der Politik sichergestellt werden.

#### **2. Anträge auf Änderung der Tagesordnung**

Es gibt keine Anträge auf Änderungen der Tagesordnungen.

#### **3. Bericht des Vorsitzenden**

Herr Gramlich stellt die aktuelle Studie des Umweltbundesamtes zum Umweltbewusstsein vor. Laut einer der Studie zu Grunde liegenden Befragung würden gegenüber bisher der Plastikeintrag in die Natur, die Verknappung der Frischwasserreserven und der Klimawandel in dieser Reihenfolge als die größten Bedrohungen der Umwelt betrachtet. Laut der Studie würden ca. 70 % der Befragten aufgrund des ökologischen Wirtschaftsumbaus eine Vergrößerung der Schere zwischen Arm und Reich und damit einhergehende zunehmende soziale Konflikte erwarten.

Herr Gramlich berichtet von seiner Teilnahme am Planetary Health Forum. Dort seien einige der wichtigsten Vertreter des Klimaschutzes und des Gesundheitswesens vertreten gewesen. Als Ergebnis sei festzuhalten, dass eine zunehmende Zahl von Ärzten aufgrund der Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit des Menschen aktiv werden wolle. U. a. hätten auch Vertreter des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung teilgenommen. Herr Gramlich sehe einen Bedarf dafür gegeben, dass der Beirat auch Ärzte im Raum Gütersloh kontaktieren solle. Hierdurch sollen weitere Schritte im Themenfeld Hitzevorsorge vorbereitet werden.

Herr Gramlich berichtet, dass im Zuge der Formulierung der Empfehlung des Klimabeirats für einen Hitzeaktionsplan zwei Ärzte, u. a. Herr Strickmann vom Kreis Gütersloh, mitgewirkt hätten. Diesen sei als Danksagung die Studie überreicht worden, von der Herr Gramlich in der vorangegangenen Sitzung berichtet habe. Er lobt die Zusammenarbeit und Ergebnisse. Die Fortführung der themenbezogenen Arbeit des Klimabeirats sehe Herr Gramlich als wesentlich an. Dies begründet er mit der Prognose zu und den Zusammenhängen zwischen Temperaturentwicklung und Mortalität. Die Facharbeitsgruppe des Beirats setze ihre Arbeit fort und erarbeite neue Vorschläge.

Herr Gramlich berichtet von mehreren Einladungen, die er für Veranstaltungen in Halle (Bildung eines Klimabeirats), Münster (Klimagespräche), Steinhagen (Verein, der Aktivitäten im Klimaschutz plant) und Bielefeld (Klimabahn) erhalten und angenommen habe.

Des Weiteren habe der Klimabeirat mehrere Pressemitteilungen und Briefe an die Verwaltung und die Fraktionen verfasst. Auch hätten Gespräche mit mehreren Dezernenten stattgefunden. Herr Gramlich berichtet von den darin eingebrachten Anliegen des Klimabeirats, den unterschiedlichen Rückmeldungen hierzu und zur Arbeit des Klimabeirates allgemein. Herr Gramlich betont, dass der Beschluss des Klimaschutzkonzeptes in der Sitzung des Rates am 02.02.2024 auch als Mindestforderung des Klimabeirats zu sehen sei. Zielsetzungen verschiedener Firmen zum Klimaschutz sowie deren Umsetzung hebt Herr Gramlich lobend hervor. Diese Ziele würden in der Arbeit der Verwaltung fehlen. Für künftige Sitzungen des Klimabeirates würden bereits Anfragen zu einer Berichterstattung von anderen Firmen bezüglich deren Strategien hin zu einer Klimaneutralität bestehen. Herr Gramlich berichtet von einem Redebeitrag vom Abgeordneten Ralph Brinkhaus im Bundestag. Eine Aufnahme der Rede wird eingespielt. Darin schlägt Herr Brinkhaus vor, dass der Erarbeitung von Nachhaltigkeitszielen im Parlament eine höhere Priorität gegenüber der ausschließlichen Betrachtung von Haushaltsfragen einzuräumen sei. Herr Gramlich begrüßt die vorgetragenen Ideen, stellt kurz den Werdegang von Herrn Brinkhaus vor, verweist auf einen bestehenden Kontakt und bittet um Feedback der an der heutigen Sitzung Teilnehmenden zu der Rede.

Herr Schüre hebt die rhetorischen Fähigkeiten von Herrn Brinkhaus positiv hervor. Er lobt die eingebrachten Argumente.

Herr Birke ist der Ansicht, dass die Rede auf Gütersloh und die Arbeit des Klimabeirats übertragen werden könne.

Frau Warzecha zeigt sich von der Rede begeistert. Sie berichtet, dass Sie sich als Mitglied der Regionalgruppe der Scientists 4 Future an das Büro von Herrn Brinkhaus gewandt habe. Dieses habe in Aussicht gestellt, dass Herr Brinkhaus ggf. noch in diesem Jahr auch für eine Sitzung des Klimabeirats eingeplant werden dürfe. Terminvorschläge lägen dem Büro vor. Zielsetzung, Monitoring und Controlling betrachten Frau Warzecha wie auch Herr Brinkhaus als wichtige Instrumente.

Frau Ostermann schließt sich der Argumentation von Herrn Brinkhaus an, dass es wichtig sei, über inhaltliche Ziele zu reden wie das der Beibehaltung der guten Lebensbedingungen in Zeiten des Klimawandels. Sie teilt nicht die Ansicht, dass zwischen der Arbeit der Politik und Verwaltung sowie der in der Rede eingeforderten Herangehensweise ein Kontrast in dem dargelegten Maß zu vermuten sei und stellt in Aussicht dies ggf. zu einem späteren Zeitpunkt näher zu begründen.

Herr Schröder berichtet, dass beim Neujahrstreffen teils Ernüchterung bezüglich der Arbeit des Klimabeirats zurückgemeldet worden sei. Hierfür habe er Verständnis.

Als Beispiel nennt er die Dauer der Umsetzung der „Energieleitlinien 2.0“. Ihm dränge sich der Eindruck auf, dass Empfehlungen teils bereits wohlwollend ausformuliert und trotzdem häufig nicht berücksichtigt würden.

Herr Kattenstroth betont, dass Herr Brinkhaus eine Expertise in Finanzfragen mitbringe und leitet daraus ab, dass in den Äußerungen von Herrn Brinkhaus die Forderung nach einer optimalen Wirkung von ggf. auch geringer eingesetzten Investitionen vermutet werden dürfe.

Die zusammengefassten Ergebnisse der Studie zum Umweltbewusstsein, ein Link zum Memorandum des Planetary Health Forums, ein Foto der Überreichung der besagten Studie durch Herrn Gramlich an Herrn Strickmann, ein Link zur Empfehlung des Klimabeirates für die Erstellung eines Hitzeaktionsplanes, Grafiken zur prognostizierten Hitzemortalität in Deutschland mitsamt der Verlinkung zum Journal of Health Monitoring als Datenquelle, eine Übersicht über die Tätigkeiten des Vorsitzenden, die besagten Pressebeiträge und eine Verlinkung zu einer Video-Aufzeichnung der Rede von Herrn Brinkhaus sind im Anhang des Protokolls als Anlage beigefügt.

#### **4. Bericht aus den Facharbeitsgruppen**

Herr Kostka berichtet, dass sich die Facharbeitsgruppe Bauen und Sanieren getroffen habe, um sich mit der Überarbeitung der Energieleitlinie zu befassen.

Frau Topmüller berichtet zum Sachstand. Es habe einen mehrstündigen Workshop gegeben. Betrachtet worden sei auch die Begleituntersuchung. U. a. wurde festgestellt, dass die Leitlinie aus Sicht der Arbeitsgruppe nicht mehr aktuell sei. Dies liege an neuen Vorgaben. Frau Topmüller verweist auf eine Gebäuderichtlinie der EU, nach der ab 2028 öffentliche Neubauten emissionsfrei zu planen und zu betreiben sowie mit Photovoltaik auszurüsten seien. Ab 2030 träfe dies für alle Neubauten zu. Auch in der Planung seien Mindeststandards für Worst Performing Buildings. Diese Novellierung der BauO NRW gelte zudem seit dem 01.01.2024, nach der eine PV-Pflicht für neue Nichtwohngebäude bestünde. Ab 2025 träfe dies für Wohngebäude zu. Ab dem 01.01.2026 gelte eine Verpflichtung für die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen bei Dacherneuerungen bzw. die Prüfung einer Umsetzbarkeit. Hierbei sei zumindest darzulegen, inwiefern diese nicht gegeben ist. Bereits ab dem 01.07.2024 gelte diese Verpflichtung für kommunale Gebäude. Aufgrund dieser Vorgaben bedürfe es demnach einer erneuten Überarbeitung der Energieleitlinie. Begrüßenswert sei es, wenn es in den kommenden Fachsitzungen nicht zu einer erneuten Diskussion, Ablehnung oder Vertagung komme. Stattdessen sei eine erneute Zusammenarbeit zwischen dem Klimabeirat und der Verwaltung erwünscht.

Herr Kostka fasst dies zusammen und stellt die Rückfrage, ob es sich bei dem skizzierten Vorgehen um einen geplanten Antrag handle.

Frau Topmüller verneint dies. Sie wünscht sich hiervon unabhängig zunächst Gespräche, sodass eine Überarbeitungsvariante der Leitlinien zunächst im Klimabeirat vorgelegt werden könne. Diese solle dann bereits in einer Form vorliegen, mit der ein anschließender Beschluss in den zuständigen Ausschüssen erfolgen könne.

Herr Kostka verweist darauf, dass die besagte EU-Richtlinie bisher weder im Parlament noch im Rat behandelt worden sei. Dies solle daher bis zu der nächsten Sitzung des Klimabeirates beachtet werden.

Herr Lakämper betont, dass die getroffene Äußerung, nach der der Klimabeirat von den neuen EU-Verordnungen „überholt“ worden wäre, hier nicht auf den Klimabeirat zuträfe.

Herr Kattenstroth betont den Wunsch an die Verwaltung, die Gespräche aufzunehmen. Er zeigt sich verwundert darüber, dass der Kämmerer ein Alternativgutachten zu einer Baumaßnahme habe beauftragen lassen. Der Kämmerer habe vielmehr eine entsprechende Anfrage an die Bauordnung und das Planungsamt zu stellen. Frau Herrling erläutert, dass der Bereich Hochbau in Zuständigkeit von Herrn Könnecker läge.

Dieser habe das Thema aufgegriffen, da die Leitlinien ursprünglich aus seinem Bereich entwickelt worden seien. Frau Herrling erkundigt sich, ob der Wunsch nach Gesprächen an die zuständigen Kollegen zu übermitteln sei oder ob sich stattdessen der Klimabeirat eigenständig hierzu melde.

Frau Topmüller bittet darum, dass Frau Herrling den Wunsch mitnehme und die zuständigen Kontakte dem Klimabeirat mitteile.

Herr Kostka verweist auf die in der Facharbeitsgruppe erfolgte Beteiligung, auf die erneut zurückgegriffen werden könne.

Frau Topmüller erläutert, dass ihre Bitte auf erfolgte personelle Wechsel zurückzuführen sei.

Herr Gramlich berichtet, dass Herr Könnecker in einer zurückliegenden Sitzung des Ausschusses für Planung, Bauen und Immobilien bei der Vorstellung der Begleituntersuchung eine den beiden Fachausschüssen vorgelagerte und Beratung des Klimabeirats gefordert habe. Die Endredaktion seitens des Klimabeirats folge hierzu noch. Er ergänzt, dass es auch in der Facharbeitsgruppe Verwunderung über die Zuständigkeiten gegeben habe.

Herr Kattenstroth betont erneut, dass die Zuständigkeiten zunächst schwierig zu durchschauen gewesen seien. Da dies nun gegeben sei, sei eine baldige Beteiligung daher unumgänglich.

Herr Kostka bittet um Auskünfte aus zwei weiteren Facharbeitsgruppen.

Frau Weihrauch berichtet aus der Facharbeitsgruppe Gesundheit und Ernährung. Ein Treffen habe nicht stattgefunden. Es sei ein Termin beim Fachbereich Umweltschutz angefragt worden. Hintergrund sei das dort hinterlegte Interesse an einer Zusammenarbeit im Zuge des Aufbaus der Arbeit im Netzwerk der Biostädte. Eine Antwort habe Frau Weihrauch aus ihr nicht bekannten Gründen nicht erhalten. Die Anfrage bestehe jedoch weiterhin.

Herr Kostka verweist darauf, dass die Fachbereichsleiterin zuletzt erkrankt gewesen sei.

Frau Herrling bestätigt dies und regt an, dass Herr Hensen umgehend als Vertretung kontaktiert werden könne.

Frau Ostermann berichtet aus der Facharbeitsgruppe Mobilität. Ein Treffen habe es nicht gegeben. Jedoch habe sich die Facharbeitsgruppe seit 2022 mit dem Buskonzept beschäftigt, das durch die Stadtbuss GmbH und die Verwaltung erarbeitet worden sei. In 2023 sei dies durch die Stadtwerke zu einem Gesamtkonzept für den ÖPNV erweitert und mit dem Antrag auf Förderung beim Bundesministerium für Verkehr und Digitalisierung eingereicht worden. Es sei eine Zusage über die Summe von 11 Mio. € vorbehaltlich des Bundeshaushalts erfolgt. Der Klimabeirat befürwortet das Projekt. Der Beirat wünscht sich, dass die Eigenmittel im städtischen Haushalt bereits für 2024 bereitgestellt werden. Bei der Umsetzung des Nahmobilitätskonzeptes würde zur Kenntnis genommen, dass es Fortschritte gäbe. Hier sei ein schnelleres Tempo durchaus erwünscht.

Herr Libuda ergänzt und erläutert, dass weiterhin eine Unklarheit über eine mögliche Bereitstellung oder auch Kürzung bestehe. Die Mittel seien jedoch in den städtischen Haushalt aufgenommen worden. Hier herrsche fachliche Einigkeit. Sollte es nicht mehr den Willen für eine Umsetzung von derlei Klimaschutz-Projekten geben, solle man stattdessen die Mittel von Beginn an konsequent streichen. Er betont, dass das benannte Projekt ein hohes Finanzvolumen umfasse und sich voraussichtlich innerhalb von etwa 5 oder 6 Jahren rentiere. Daher müsse ein Zugriff hierauf zeitnah erfolgen. Immerhin falle zeitnah die Bundesförderung für E-Busse weg. Es bedarf mehr Mut mit Blick auf die Zukunft, da die Erreichung der Klimaziele ansonsten noch weiter in die Ferne rücken würden.

Frau Herrling bestätigt, dass die Erarbeitung im zuständigen Fachbereich erfolge. Jedoch stelle sich die Frage, wie viele Ressourcen aufzuwenden wären. Für die Planung seien diese in der Stadt vorhanden. Bei der Umsetzung stelle sich dies schwieriger dar. Im Fachbereich Tiefbau und auch bei der Straßenverkehrsbehörde fehle es z. Z. an Personal. Die Umsetzungsgeschwindigkeit werde daher bis auf Weiteres begrenzt verbleiben.

Herr Kostka fragt nach Neuigkeiten aus der Facharbeitsgruppe „Erneuerbare Energien“.

Herr Gramlich berichtet, dass hier keine Sitzungen erfolgten.

## 5. Stadtklimagutachten

Herr Gramlich berichtet, dass mehrmals das Interesse geäußert worden sei, eine Facharbeitsgruppe zu gründen. Die Thematik stelle sich als kompliziert dar. Die Aufgaben der Arbeitsgruppe umfassen die Betrachtung der Fragen nach sinnvollen Empfehlungen, die der Klimabeirat einbringen könne, welcher Umgang mit Kaltluftleitbahnen, Kaltluftentstehungsgebieten und Frischluftschneisen sinnvoll sei und welche Ansätze es beim künftigen Flächenschutz geben solle. Inhaltlich würden sich diese Aufgaben auch mit dem, was in der Facharbeitsgruppe Regionalplan erörtert würde, überschneiden. Herr Gramlich bittet Herrn Schüre um Erläuterungen.

Herr Schüre verweist auf seine Erfahrungen im Themenfeld im Rahmen seiner zurückliegenden Tätigkeit bei der Stadt und beim Verfassen der Stellungnahme eines Umweltverbandes für den Regionalplan. Das Gutachten erachte er als wichtige Grundlage für die Betrachtung verschiedener Schutzgüter, insbesondere die Stadt- und Freiraumentwicklung, der Boden- und Flächenschutz, die Bereiche Gesundheit, Erholung, Biodiversität und das Stadtklima. Es bedürfe einer Auswertung durch verschiedenste Experten sowie Zeit hierfür. Das Gutachten solle transparent nach außen dargestellt werden, speziell für betroffene Ortsteile. Er befürworte, dass der Klimabeirat sich mit dem Gutachten befasst habe. Es habe das Versprechen der Verwaltung gegeben, dass der Klimabeirat bei der Vorstellung des Gutachtens in den Fachausschüssen mit vertreten sein solle. Dies sei aus seiner Sicht nicht erfolgt. Mit Blick auf den beigefügten Maßnahmenkatalog schätzt Herr Schüre, dass hier hauptsächlich baulich-planerische Belange betrachtet worden seien. Belange der Umwelt, des Stadtklimas, des Flächenschutzes und der Nachhaltigkeit seien hingegen nicht ausreichend betrachtet worden. In allen Maßnahmensteckbriefen würden Potenzialräume in Gütersloh genannt. Hier fehle es an einem hinlänglichen Konkretisierungsgrad. Maßnahmen und Ziele seien nicht ausreichend benannt. Beispielsweise hätten Tabuzonen und Restriktionsflächen benannt werden können. Auch Bezüge zur Flächennutzung im Sinne der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie würden sich auf Gütersloh bezogen herstellen und berechnen lassen. Teils seien die zu prognostizierenden Flächenverbräuche in Gütersloh diesbezüglich überdurchschnittlich hoch. Auch könne für die ASB-Flächen die zu priorisierende zeitliche Reihenfolge einer Bebauung dargestellt werden. Ebenso seien nach Ortsteilen oder Stadtgebieten gestaffelte Vorzugsbereiche für Flächenentsiegelungen denkbar. Die Fortführung von Förderprogrammen wie das städtische Programm zur Gebäudebegrünung sei notwendig. Hier verweist Herr Schüre auf den für den Jahresbeginn durch den BUND e. V. beantragten Start der Förderung zusätzlicher Fördergegenstände, dessen Sachstand ihm nicht vorliege. Mit Blick auf die zurückliegenden Sitzungen der Fachausschüsse schildert Bernd Schüre, wie der Gutachter in Zusammenhang mit einem Baugebiet in Avenwedde eine VDI-Richtlinie angesprochen habe. Anhand dessen sei die Beeinträchtigung von Kaltluftvolumenströmen thematisiert worden. Er regt an, dass von einer Bebauung abgesehen werden könne, sofern die Frischluftschneisen hier eine Rolle spielen würden. Bei der Durchsicht des Quellenverzeichnisses im Gutachten sei ihm kein Verweis auf das ältere Stadtklimagutachten aufgefallen. Ebenso sei ihm unklar, ob eine Flächenkartierung nach einer VDI-Richtlinie aus dem Jahr 2016 enthalten sei bzw. ob hierauf zurückgegriffen worden sei. Ebenso verhalte es sich mit einer Kartierung von regionalen und überregionalen Kaltluftleitbahnen im Fachplan Klima aus dem Jahr 2018, einer Grundlage des späteren Regionalplans. Die Bearbeitungsdauer habe bei Herrn Schüre Verwunderung ausgelöst, ebenso der Zeitpunkt der Veröffentlichung. Auch bei mehreren seiner Gesprächspartner habe sich der Eindruck aufgedrängt, dass es der Verwaltung an Personal fehlen könne oder dass aufgrund des Zeitpunkts der Fertigstellung des Regionalplans und von Verfahrensschritten von Bauleitplanverfahren bewusst eine Veröffentlichung des Gutachtens verschoben worden sein könnte.

Es hätte für Politik und für Verbände hilfreich sein können, das Gutachten bereits für die Aufstellung des Regionalplans oder für Stellungnahmen zu verwenden. Herr Schüre merkt an, dass die Unterlagen, die in den Ausschüssen vorgestellt worden seien, innerhalb des Ratsinformationssystems lediglich für die Fachausschüsse hinterlegt seien, jedoch nicht für die Sitzungen des Klimabeirats, dies bemängelt er als intransparent und für den Bürger wenig sinnvoll. Herr Schüre legt insbesondere der Politik nahe, die Planungshinweiskarte zu sichten. Es seien Kaltluftleitbahnen und Frischluftschneisen sowie Kaltluftentstehungsgebiete enthalten. Die farblichen Darstellungen und Legendenbestandteile würden die Hitzebetroffenheit der Stadt Gütersloh hervorheben. Auffäl-

lig sei die Überschneidung von ASB-Flächen mit schutzwürdigen Bereichen, dies umfasse die ASB-Flächen 19, 16, 24, 5, 6, 8 und 13 aus dem Regionalplan. Laut Herrn Schüre habe es im Zuge von Rückfragen zu der Darstellung eines Bebauungsplangebietes in Avenwedde in Richtung des vortragenden Gutachters von diesem die Auskunft gegeben, diese Fläche solle umfassend bebaut werden. Diese Auskunft hätte zu einem früheren Zeitpunkt verwendet werden können. Auffällig seien verschiedene Darstellungen von Kaltluftleitbahnen, z. B. östlich der Kahlerstraße oder in Pavenstädt. Die dort Anwohnenden sollten hierüber in Kenntnis gesetzt werden. Herr Schüre sieht durch die Darstellungen im Gutachten den Bedarf nach einem Hitzeaktionsplan gegeben. Er schätzt, dass die Abfolge der zurückliegenden Beratungen zu den Themen Stadtklimagutachten und Hitzeaktionsplanung anders hätte verlaufen sollen. So hätte es zunächst um das Stadtklimagutachten gehen sollen. Er vermutet, dass die Ausformulierung der Empfehlung des Klimabeirats zu einem Hitzeaktionsplan der Politik nicht vorgelegen habe. Die für die Kosten eines Hitzeaktionsplanes seitens der Verwaltung genannte Summe von 300.000 Euro schätze er als zu hoch ein. Er frage sich, inwiefern andere Kommunen diesbezüglich angefragt worden seien. Er empfiehlt die Gründung einer neuen Facharbeitsgruppe im Klimabeirat, die sich mit dem Gutachten und möglichen Maßnahmen unter Beteiligung der Verwaltung und der Politik befasst.

Herr Gramlich teilt die Anmerkungen von Herrn Schüre bezüglich des Komplexitätsgrades des Gutachtens und der zurückliegenden Beratungsreihenfolge. Ggf. bedürfe es zeitnah einer weiteren Empfehlung zu einem Hitzeaktionsplan. Auch eine Arbeitsgruppe befürworte er. Deren Zusammensetzung müsse jedoch nicht umgehend entschieden werden, er stellt jedoch in Aussicht, dass er und Herr Schüre mitwirken. Er bittet um ein Meinungsbild zu der Frage, inwiefern die Arbeitsgruppe gegründet werden solle.

Herr Kattenstroth betont die unterschiedlichen Angaben zwischen dem Regionalplan und dem Gutachten. Bereits die Flächen, die vor längerer Zeit seitens der Stadt Gütersloh für eine Entwicklung ausgeschlossen worden seien, seien im Regionalplan hierfür vorgesehen worden. Stellungnahmen und mehrere Widersprüche seien damals nicht berücksichtigt worden. Hierfür gebe es auch andere Beispiele in der Region. Aus seiner Sicht sei für die Entwicklung einer Hitzeaktionsplanung auf Basis des Gutachtens kein statisches Vorgehen notwendig. Vielmehr sei dies fortlaufend zu prüfen.

Herr Fabisch erinnert daran, dass die Thematik Regionalplanung bereits zu Beginn der Arbeit des Beirats thematisiert worden sei. Auf Widersprüche zwischen der Ausweisung von Baugebieten und Kaltluftschneisen sei dabei hingewiesen worden. Aus seiner Sicht stelle sich nun die Frage nach den grundlegenden Zielen der Stadt, die entweder in der Fläche oder auch vielmehr hinsichtlich der Lebensqualität wachsen könne und wolle. Mit Blick auf die erfolgten Empfehlungen des Klimabeirats sowie deren wissenschaftlich fundierte Begründung sieht Herr Fabisch hier ein Beispiel dafür gegeben, dass Anträge des Klimabeirats trotzdem tendenziell grundsätzlich von der Verwaltung und der Politik abgelehnt würden. Er frage sich, woran dies liege. Die Arbeit des Beirats nehme er als Monolog war, dem an Resonanz fehle. Aufgrund dessen bedürfe es einer Facharbeitsgruppe, die konstruktiv und im Dialog arbeite. Ansonsten würde aufgrund der Ressourcen-situation der Stadt Gütersloh erneut jegliche Empfehlung negativ beschieden, wodurch auch die Politik nicht in der Lage wäre, positive Entscheidungen bzw. Beschlüsse zu treffen. Die Benennung von Zielen sei trotz der Komplexität der Materie notwendig, um Fortschritte zu erzielen. Im Klimabeirat sei bewusst damit begonnen worden, messbare Kriterien einzufordern. Eine solche Stringenz fehle Herrn Fabisch auch in anderen Bereichen. Er stellt die Frage, inwiefern die Zusammenarbeit künftig anders verlaufen solle.

Herr Kostka möchte den Appell stärken, messbare Ziele auch in die Stadtgesellschaft hinein in den Blick zu nehmen, gerade zu Themen, die wiederholt Gegenstand gesellschaftlicher Fragestellungen im Stadtgebiet würden. Er verweist auf ein Gutachten von vor mehr als 15 Jahren zum Thema Wohnungsbauförderung. Dieses sei ignoriert worden. Dessen Kernaussage lautete, dass eine Verdichtung über Wohnraumbevorratung betrieben werden könne. Hierfür wurde vorgeschlagen, die Stadt zu kartographieren und zu prognostizieren, an welchen Orten Bewohner versterben.



Dadurch sollten mögliche räumliche Ballungen ermittelt werden, an denen die Stadt kaufen und später gestalten könne. Wäre dies so umgesetzt worden, wäre die Stadt mit Blick auf die Immobilienpreise heute viel besser aufgestellt und würde besser gestalten können. Diese Thematik sei weiterhin relevant und auf andere Bereiche übertragbar. Die Empfehlungen des Klimabeirats für das Mansergh-Quartier seien ein positives Beispiel. Qualitatives Wohnen sei immerhin enorm relevant, was sich dadurch zeige, dass schon Planungen für ein viertes Geschoss zu heftigem Widerstand führen können. Die Belange eines qualitativ hochwertigen Wohnens, der Hitzevorsorge, des Klimaschutzes und auch des Gewerbes müssten miteinander vereinbart werden. Hierfür bedürfe es konkreter Zielvorstellungen und größerer planerischer Konzepte und Ideen in der Stadtentwicklung als bisher. Das Stadtklimagutachten zeige Handlungsbedarfe auf und sei als Auftrag zu verstehen, auch über den Klimabeirat hinaus in der Breite der Gesellschaft in die Diskussion zu gehen und dort Freude und Neugier zu wecken.

Herr Schenk nennt das Energieeffizienzgesetz, das seit dem 01.01.2024 bestehe und das das Ermitteln von gewerblichem Abwärmepotenzial ab 2,5 Gigawattstunden Endenergie vorsehe. Hier von sei auch das kleinere Gewerbe betroffen. So müssten auch für Strom, Gas, Heizöl, Benzin und Diesel Werte beim Bundesamt für Energieeffizienz angegeben werden. Diese Daten seien öffentlich und könnten auch dann genutzt werden, wenn es Bedarf am Bezug von Wärme gäbe.

Herr Waesch erkundigt sich, inwiefern die Kartierung im Internet hinterlegt sei und mit Luftbildern verschnitten werden könne.

Herr Lakämper bestätigt, dass dies möglich sei, da die Kartierung sehr flächengenau sei und aus Kacheln bestünde, die jeweils einen Raumausschnitt von 10\*10 Metern darstellen.

Herr Gramlich regt an, dass Herr Waesch an der Facharbeitsgruppe mitwirkt.

Herr Rieping meldet zurück, dass der Vortrag die Komplexität der Thematik verdeutlicht habe. Die Begrifflichkeit „Hitzeaktionsplan“ sei ihm beispielsweise weiterhin nicht klar. Er vermutet weiterhin einen fortwährenden Flächenbedarf und damit verbundene Zielkonflikte. Daraus leitet er einen Bedarf ab, die Inhalte des Gutachtens noch verständlicher auszuformulieren, um die planerische Handhabe zur Flächenversiegelung auf kommunalpolitischer Ebene zu gewährleisten bzw. vorstellbarer zu machen.

Frau Herrling erläutert, dass das Gutachten als Planungsinstrument ergänzend zu weiteren Planungsinstrumenten zur Verfügung stehe und in der Abwägung auf Ebene der üblichen und bekannten Planungsprozesse berücksichtigt werde. Als Beispiel nennt sie den „Masterplan Grün + Freiraum“. Die Politik könne und müsse letztlich die Priorisierung der Berücksichtigung sämtlicher Belange vornehmen. Rechtlich betrachtet sei das Stadtklimagutachten nicht als „hartes Schwert“ anzusehen.

Herr Hensen betont, dass das komplexe Gutachten in eine lesbare Form zu bringen sei und nach Verabschiedung durch den Rat sowohl für die verwaltungsinterne Arbeit als auch für die Öffentlichkeit entsprechend aufbereitet werde.

Herr Lakämper verweist auf Darstellungen, die im Gutachten für die benannten Bebauungspläne einen hohen Schutzbedarf ausweisen. Für diese und andere Plangebiete gehe er von langwierigen Entwicklungsprozessen aus. Er sieht die Gefahr, dass potenzielle Erkenntnisse aus zusätzlich möglichen computergestützten Modellierungen in diesen Prozessen nicht oder erst zu spät berücksichtigt werden könnten, während man von den durch solche Berechnungen prognostizierbaren negativen Auswirkungen der Planung auch ohne die Modellierungen selbst hinlänglich und bereits frühzeitig ausgehen müsse. Ggf. würden diese Auswirkungen auch nicht ausreichend gut erklärt. Dies erschwere eine Akzeptanz der Stadtgesellschaft für die finale Planung und verschärfe vorhandene Interessenskonflikte der Beteiligten. Herr Lakämper begründet dies anhand von Äußerungen des Gutachters, nach denen über die Aussagen der Planungshinweiskarte hinaus ggf. zusätzliche Modellierungen in bestimmten Gebieten notwendig seien.

Herr Fabisch erinnert daran, dass der Beirat beratend tätig sein solle. Er sieht davon ab, Spekulationen zu äußern. Konkret fragt er nach bestehenden Beschlüssen, die im Widerspruch zu dem Gutachten stünden und wie hiermit umzugehen sei. Die Frage richtet er an die Verwaltung.

Frau Herrling merkt erneut an, dass es sich bei dem Gutachten um eines von vielen Planungsinstrumenten handle. Sollte das Gutachten zu einer verbindlichen und zwingenden Maßgabe werden, bedürfe es hierfür eines konkreten Beschlusses. Mit Blick auf Flächendruck, Wohnungsmangel und weitere Themen spricht sich Frau Herrling dafür aus, ein ausgewogenes Stadtwachstum als Zielsetzung zu priorisieren. Dies müsse auch im Einzelfall von Fläche zu Fläche auf demokratischem Weg erstritten werden.

Herr Fabisch stimmt dem zu und ergänzt, dass Zielkonflikte auch offengelegt werden müssten. Hingegen sei es nicht angezeigt, Ziele zu setzen und diese dann in weiteren Entscheidungen nicht mehr zu berücksichtigen. Daher fordert er auch, das Klimaschutzkonzept mit einem konkreten Ziel bzw. einer Jahreszahl zu beschließen. Die in den Zielen hinterlegte Ambition ermögliche es erst, den Zielkonflikt zu bewältigen. Ansonsten wären zwar Einzelentscheidungen begründbar, jedoch würde es rückwirkend notwendig sein, die z. B. für und insbesondere gegen Frischluftschneisen getroffene Entscheidungen zu hinterfragen, auch auf die Gefahr hin, wissenschaftliche Fakten dann nicht ausreichend berücksichtigt zu haben. Die Argumente seien nun vorhanden. Sollte es aufgrund von Zielkonflikten zu Entscheidungen zu Ungunsten dieser Argumente kommen, müssten auch die anderen Ziele verhältnismäßig und adäquat bewertet werden.

Frau Weihrauch schildert, wie sie bei ihrem Beitritt in den Beirat in 2021 schon Kenntnis von dem vorhandenen Stadtklimagutachten gehabt habe. Ihrer Ansicht nach seien die darin dargelegten Erkenntnisse denen des neuen Gutachtens ähnlich. Sie merkt an, dass es demnach bereits vorher möglich gewesen sei, sich an einem Gutachten zu orientieren.

Herr Gramlich erinnert sich, dass laut des alten Gutachtens ein Viertel der Bevölkerung als hitzgefährdet eingestuft worden sei. In der zu gründenden Facharbeitsgruppe würden folglich weiterhin Überlegungen in Richtung eines Hitzeaktionsplans getroffen. Das neue Stadtklimagutachten erachte er als inhaltlich noch umfassender als bisher. Es bedürfe nun einer möglichst transparenten Aussprache, auch um die Bevölkerungsakzeptanz zu erhöhen.

Herr Rieping merkt an, dass die Frage danach, was zu priorisieren sei, stets zentral sei. Es bedürfe stets eines Beschlusses.

Die Planungshinweiskarte sowie eine Liste der möglichen Aufgaben der besagten Fachgruppe sind im Anhang des Protokolls als Anlage beigefügt.

## **6. Schwammstadt und Hochwasser**

Herr Gramlich berichtet, dass es seitens einer der Facharbeitsgruppen eine Anfrage zu der Thematik Schwammstadt gegeben habe. Konkret sei hier die Fragestellung benannt worden, wie die Stadt mit dem Ansatz umgehen wolle und müsse, anfallendes Wasser im Sinne des Schwammstadt-Prinzips zu halten und gleichzeitig auch abzuleiten.

Er leitet den Punkt thematisch anhand einer Folie ein, die über ein Meldeportal der Stadt Dorsten berichtet, in das Bürger und Bürgerinnen Zeitpunkt und Ausmaß von Hochwasserereignissen eintragen können. Dies sei ihm als Anregung mehrfach eingereicht worden. Die Idee, die nun eingebracht werden solle, sähe vor, dass ein entsprechendes Produkt durch die Fachabteilung für Digitalisierung der Stadt Gütersloh eingerichtet wird. Hierzu berichtet Herr Gramlich von Telefonaten, die er mit der Feuerwehr geführt habe. Ein Mitwirken der Feuerwehr an der heutigen Sitzung sei kurzfristig nicht mehr möglich gewesen. Herr Gramlich bittet Frau Herrling um Erläuterung dazu, warum es dem Fachbereich Tiefbau im Zuge derer zahlreichen weiteren Außeneinsätze noch nicht möglich gewesen sei, für die Sitzung des Klimabeirats zur Verfügung zu stehen.

Frau Herrling berichtet von den zurückliegenden Starkregenereignissen. Es habe sich um ein sog. „hundertjähriges Ereignis“ bzw. „HQ100-Ereignis“ gehandelt. Da in diesem Zuge an vielen Stellen im Stadtgebiet von Bürgerinnen und Bürgern Schäden gemeldet wurden, seien zahlreiche Einsätze notwendig gewesen, die bis in die Gegenwart anhielten. Insbesondere die Fachabteilung Stadtentwässerung sowie auch der Kreis seien daher auch derzeit noch beratend tätig. Zudem berichtet Frau Herrling über die Hochwasserwarnlage um die Feiertage. Die involvierten Fachstellen in der Verwaltung hätten dauerhaft im Austausch gestanden. Eine besondere Einsatzlage habe sich für die Feuerwehr nicht ergeben. Der Hochwasserpegel sei laufend überprüft worden. Es sei zu Überflutungen gekommen, ohne dass es zu einer Überschreitung der amtlichen Warnwerte gekommen wäre. Zahlreiche Gewässer seien über die Ufer getreten. Nach den Feiertagen habe sich die Lage entspannt. Neben der einzigen verfügbaren Pegelmessung in Avenwedde haben naturgemäß auch verschiedene Sichtungen im Stadtgebiet Auskunft über das Ausmaß und über die Auswirkungen der Ereignisse gegeben. Berichtet worden seien vollgelaufene Keller, jedoch meist ohne Überflutungen. Neben undichtem Mauerwerk, fehlenden Rückstausicherungen oder fehlender baulicher Vorsorge seien auch die teils hohen Grundwasserstände in Zusammenhang mit undichten Kellersohlen ein wesentlicher Faktor. Weder die Stadt Gütersloh noch der Kreis Gütersloh seien während dieser Ereignisse in der Lage, derlei Auswirkungen zu verhindern. Es seien Feuerwehreinsätze erfolgt. Erst ab einem Wasserstand von 20 cm könne die Feuerwehr mit deren Bestand an Pumpen arbeiten. Auch die Feuerwehr sei nicht in der Lage, anderweitige Maßnahmen zu ergreifen. Es sei daher berechtigt, die Umsetzbarkeit des Schwammstadt-Ansatzes zu erörtern. Diesbezüglich sei zu berichten, dass es zahlreiche Beschwerden seitens der Bürgerschaft darüber gegeben habe, dass Gräben vollgelaufen seien und nicht umgehend abließen. Es zeige sich, dass die Thematik Schwammstadt zunächst noch erlernt werden müsse, damit es hier zu mehr Akzeptanz komme. Sofern es technisch umsetzbar und wirtschaftlich vertretbar ist, sehe es die Stadt als gegeben an, dass das Prinzip der Schwammstadt in die Fläche hinein effektiv und anzustreben sei. Die Versickerungsfähigkeit der Böden müsse beispielsweise gegeben sein. Sie verweist auf das seit Jahren auch in Gütersloh bestehende Versickerungsgebot. Akzeptanzprobleme treten jedoch wiederkehrend auf. Bei neu entwickelten Bereichen sei eine Versickerung vorgeschrieben, sofern die Böden hierzu geeignet seien. Eine themenbezogene Berichterstattung sei aufgrund der aktuellen Bearbeitung durch das zuständige Personal gegenwärtig nicht möglich. Rückfragen seien erwünscht. Zusammenfassend sei davon auszugehen, dass es insbesondere einen hohen Handlungsbedarf beim Thema des baulichen Objektschutzes gäbe. Dies zeige sich durch die vollgelaufenen Keller. Frau Herrling schätzt, dass dies zuletzt auch gegenüber bisher stärker zur Kenntnis genommen worden sei. Die Idee eines Meldeportals sei sinnvoll, sofern die Menschen hierzu informiert und angeleitet würden und weiterhin der Bedarf an privater Vorsorge ausreichend bekannt sei und bleibe. Ein Beispiel hierfür seien defekte oder nicht vorhandene Rückstauklappen. Auch an diesen Themen arbeite die Stadt Gütersloh.

Herr Elliger erkundigt sich, inwiefern nicht vielmehr der Grundwasserspiegel das zentrale Problem darstelle. Er habe vernommen, dass oftmals das Wasser zwischen der Bodenplatte und der weißen Wanne einsickere. Hierbei handele es sich jedoch noch um eine vorgegebene Bauweise. Daher fragt er, inwiefern der Grundwasserpegel überprüft werde und inwiefern es Festlegungen zu der Höhe der Bodenplatte gäbe.

Frau Herrling schildert, dass es Bereiche gäbe, in denen eine hochwasserangepasste Bauweise vorgegeben sei. Die Gefährdung müsse hierfür ermittelt worden bzw. bekannt sein.

Ansonsten sei es den Planenden überlassen, ohne dass stets von einer zukunftssträchtigen Lösung ausgegangen werden könne. Der Grundwasserpegel sei jedoch nicht beeinflussbar. Messungen gäbe es jedoch.

Herr Hensen bestätigt, dass die Grundwasserstände weiterhin enorm hoch seien. Dies sei eine direkte Auswirkung der Klimakatastrophe. Messwerte würden durch die Untere Wasserbehörde ermittelt. Herr Hensen informiert ergänzend zum Sachstand der Beschlussumsetzung im Themenfeld „Schwammstadt“. Hier sei ein gefordertes Experten-Hearing bereits umgesetzt worden. Die Erarbeitung einer „Landing-Page“ wird voraussichtlich zeitnah abgeschlossen, um nach interner Abstimmung eine Veröffentlichung vorzunehmen.

Herr Große-Freese meldet zurück, dass er die Ausführungen von Frau Herrling zu den Beschwerden des in den Gräben nicht unmittelbar ablaufenden Wassers inhaltlich nachvollziehe. Als in der Nähe der Avenwedder Straße wohnhaftes Beiratsmitglied berichtet er, dass die Avenwedder Straße und der Graben in Richtung des Stadtzentrums ein Gefälle hätten. Ohne die Zuständigkeiten zu kennen, gehe er davon aus, dass alle Beteiligten von den Zuständen um die Feiertage überrascht worden seien. So habe er nach den Feiertagen beobachtet, dass die Bürgerschaft im Bereich zwischen der Gaststätte Reilmann und in etwa der Kreuzung Avenwedder Straße / Isselhorster Straße eigenständig die Gräben ausgeworfen habe. Der übergelaufene Radweg sei abgesperrt worden. Er fragt in diesem Zuge nach der Zuständigkeit für die Grabenpflege. Herr Große-Freese habe kein Verständnis dafür, dass die Gräben durch Dreck und Geäst zugewachsen und nicht abflussbereit seien.

Frau Herrling ist der Ansicht, dass dies einer spezifischen Einzelfallprüfung bedürfe. Hierfür gebe es entsprechende Zuständigkeiten. Dies ließe sich demnach individuell miteinander klären.

Herr Große-Freese hat eine weitere Nachfrage zu einer Bushaltestelle kurz vor der besagten Gaststätte. Hier sei auf dem aufgeweichten Boden ein Lastkraftwagen auf den Grünstreifen aufgefahren. Er habe festgestellt, dass die Fläche seit vier Wochen stark aufgewühlt sei. Er habe auch Barken und Lichtkennzeichnungen gesehen. Er fragt, wann hier Begradigungsmaßnahmen anstünden und welche Zuständigkeiten hierfür bestünden.

Herr Gramlich bittet darum, diese Punkte außerhalb der Sitzung des Klimabeirats zu klären.

Frau Herrling zeigt zunächst Verständnis für den Ärger über die genannten Schäden. Das Zerstören und Umfahren von Banketten und Barrieren sei zudem inakzeptabel und rücksichtslos. Die Schäden seien nach und nach zu beheben. Die Banketten erholen sich zurzeit bereits.

Herr Kattenstroth merkt an, dass die letzten Jahre trocken gewesen und die Grundwasserstände entsprechend niedrig ausgefallen seien. Dies sei inzwischen „aufgeholt“ worden. Er verweist auf eine regelmäßige Gewässerschau des Kreises. Diese würde durch die Stadt nicht mehr ernstgenommen. Zudem gebe es verschiedene Zuständigkeiten. Das Grünflächenamt sei für die Gräben, das Tiefbauamt hingegen für die Regenrückhaltung zuständig. Hier habe es an Kommunikation zwischen diesen Fachstellen gefehlt. Es fehlt Herrn Kattenstroth an Verständnis dafür, dass es hier überhaupt mehrere Zuständigkeiten gebe. Er merkt zudem an, dass im Stadtgebiet sehr viele Tiefgaragen errichtet würden. Hierdurch fielen Möglichkeiten zur Speicherung von Grundwasser weg. Er verweist auf die Errichtung einer Garage an der Ecke Bultmannstraße/Wiesenstraße. Dies sehe er als beispielhaft für die Innenstadt an.

Herr Birkenhake schildert als Landwirt, wie vor etwa 40 Jahren Gütersloh auf die Region bezogen der Ort mit den meisten Niederschlägen gewesen sei. Seit drei Jahren sei Gütersloh aufgrund der geringeren Niederschläge nun ein benachteiligtes Gebiet. Speziell im Sommer sei zu wenig Niederschlag angefallen. Seit Mai 2023 sei dies anders. Die Verteilung der Niederschläge habe sich jedoch geändert. Auch wenn er dies als Ausnahme sieht, schildert er, dass der Landwirtschaft weiterhin durch die fortwährenden Niederschläge Probleme entstünden. Die guten Erträge ließen sich nicht immer ernten. Der Grundwasserspiegel sei für viele sichtbar weiter angestiegen.

Bei Mähkorporarbeiten sei immer häufiger beobachtet worden, wie Gräben ausgemäht worden und die Sohlen oftmals nicht mehr schwarz gewesen seien. Er habe es stets als positiv erachtet, wenn auch Wasserreserven vorhanden gewesen und Gräben funktionstüchtig seien. Jedoch würden bestimmte Schilfsorten mehr und mehr dafür sorgen, dass einige Gräben undurchlässig geworden seien. Ein Freispritzen sei hier jedoch nicht vorgesehen.

Frau Weihrauch merkt an, dass es künftig längere Trocken- und eben auch niederschlagsreiche Phasen geben werde. Hierauf müssen sich alle einstellen.

Frau Topmüller informiert, dass sie die Thematik ursprünglich in die Tagesordnung der Sitzung aufgenommen habe. Sie sei aufgrund ihres vollgelaufenen Kellers selbst betroffen gewesen. Entsprechend freue sie sich über die rege Diskussion. Diese verstehe sie als Appell. Man müsse sich auf neue Situationen umstellen. Den Äußerungen von Frau Herrling entnehme sie, dass diese Botschaft bei der Stadt bereits angekommen sei. Sie spricht sich für eine themenbezogene künftige Zusammenarbeit im Rahmen der Sitzungen des Klimabeirats aus.

Herr Rieping fasst zusammen, wie sehr hier von einem Dilemma zu sprechen sei, da sich lange Trockenphasen und dauerhafte Niederschläge mehr und mehr abwechseln würden. Darauf müsse man sich künftig vorbereiten. Eine Schwammstadt müsse flexibel darauf reagieren können. Das Wasser müsse eher abgeleitet als zurückgelassen werden. Er empfinde die Thematik als enorm komplex.

Herr Gramlich betont, dass an diesem Thema weiter gearbeitet werden würde.

Ein Bildausschnitt des besagten Aufrufs an die Bürger\*innen der Stadt Dorsten ist im Anhang des Protokolls als Anlage beigefügt.

## **7. Klimaschutzkonzept**

Herr Gramlich bittet zunächst einleitend um Schilderung der Beschlusslage. Seinem Kenntnisstand aus der zurückliegenden Sitzung des Fachausschusses nach, sei das Konzept begrüßt worden, jedoch nicht beschlossen. Er fragt mit Verweis auf die seitens des Klimabeirates eingegangenen Empfehlungen, Stellungnahmen und Pressemitteilungen nach den in der morgigen Sitzung zu beratenden Beschlussvorschlägen und zu erwartenden Ergebnissen.

Nina Herrling nennt den Beschluss, der in der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz und des Ausschusses für Planung, Bauen und Immobilien vom 15.01.2024 getroffen wurde. Dieser lautet wie folgt:

„1. Das Klimaschutzkonzept und seine Maßnahmensteckbriefe werden zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird gebeten, auch weiterhin daran zu arbeiten. Zusätzlich wird mit diesem Beschluss darauf hingewiesen, dass schon im Rahmen des Haushaltsplans der Stadt Gütersloh das Oberziel formuliert wird, natürliche und wirtschaftliche Lebensgrundlagen für jetzige und kommende Generationen zu sichern. Der Klimaschutz hat dabei eine besondere Bedeutung.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die von der SPD-Fraktion vorgeschlagenen Maßnahmen stellenneutral in 2024 beginnend umzusetzen und bereits laufende Maßnahmen weiterzuführen. Die Verwaltung wird beauftragt, dazu die erforderlichen Mittel für die von der SPD-Fraktion vorgeschlagenen Maßnahmen (Anlage 4 letzte Spalte) in die Haushaltsplanberatung einzubringen.

3. Die Empfehlung des Klimabeirats, darüber hinaus Ziele zur Erreichung der Treibhausgasneutralität zu terminieren, wird abgelehnt.

4. Dementsprechend wird zum Bürgerantrag des Netzwerks Klimawoche Gütersloh (DS-Nr.: 296/2023), welcher ebenfalls die Zielsetzung zur Treibhausgasneutralität der Stadt Gütersloh bis zum Jahr 2035 fordert, entschieden.“

In der Ratssitzung am 02.02.2024 sei das Thema erneut auf der Tagesordnung. Hierfür sei eine Ergänzung durch die Verwaltung erarbeitet worden. Diese weiche in Punkt 1 des o. g. Beschlusstextes wie folgt ab: „Das Klimaschutzkonzept und seine Maßnahmensteckbriefe werden wohlwollend zur Kenntnis genommen und beschlossen. Die Umsetzung von Einzelmaßnahmen aus diesem Konzept werden jahresweise in den jeweiligen zuständigen Gremien beraten und beschlossen. Die Fachbeschlüsse werden dann jeweils in die Haushaltsberatungen der zuständigen Fachausschüsse eingebracht.

Zusätzlich wird mit diesem Beschluss darauf hingewiesen, dass schon im Rahmen des Haushalts-

plans der Stadt Gütersloh das Oberziel formuliert wird, natürliche und wirtschaftliche Lebensgrundlagen für jetzige und kommende Generationen zu sichern. Der Klimaschutz hat dabei eine besondere Bedeutung.“

Herr Gramlich bittet um Wortmeldungen hierzu. In diesem Zuge erinnert er an den ursprünglichen Antrag durch Stefan Schneidt als Mitglied der SPD-Fraktion von Fridays 4 Future. Darin sei die Jahreszahl 2030 genannt. Dieser Antrag würde durch die SPD im AUK nicht unterstützt. Herr Gramlich untermauert, dass die Nennung der Jahreszahl aus seiner Sicht den Wunsch des Klimabeirats darstelle.

Frau Ostermann stellt klar, dass in der Abstimmung in Bezug auf die Jahreszahl auch weitere Parteien in Summe mehrheitlich von einer Nennung abgesehen hätten. Ihrer Ansicht nach sei es eindeutiger Konsens, dass ein Beschluss notwendig sei. Mit Blick auf die Jahreszahl und die mehrfache Nennung der Begriffe „Transparenz“ und „Ehrlichkeit“ sowie auf die benannten für die Stadt verbindlichen Vorgaben der EU, des Bundes und des Landes merkt sie an, dass dort andere Jahreszahlen maßgeblich seien. Dass eine möglichst umgehende Erreichung der Klimaneutralität ohnehin anzustreben sei, bedürfe keiner weiteren Erwähnung. Jedoch sei bei der letzten Sitzung des Klimabeirats in Bezug auf die Verfügungsgewalt lediglich von einem Einfluss von 14 % auf die Klimaneutralität die Rede gewesen. Das ließe sich zwar bezüglich der genauen Prozentzahl hinterfragen, jedoch sei dieser höchstwahrscheinlich so gering, dass eine Abhängigkeit von den genannten Vorgaben und dem Handeln der übrigen Marktakteure gegeben sei. Dies träfe auch auf einzelne Industriebetriebe zu. Sie verweist auf den Beitrag von Herrn Wendker in der Sitzung des Klimabeirates im November 2023. Dieser habe vorgetragen, dass das ehrgeizige Ziel der Klimaneutralität bei der Firma Miele für 2050 vorgesehen sei. Dabei habe er angegeben, dass die Gesamtemissionen zu 84% bei der Nutzung der Geräte anfielen, worauf Miele praktisch keinen hinlänglichen Einfluss habe. Hier kämen wiederum die anderen Akteure, so auch die Stadt, ins Spiel, da diese über die Preisgestaltung für „grünen Strom“ und klimaneutrale Wärmeenergie zu sorgen hätten. In der Sitzung des Rates am 02.02.2024 sei daher keine Mehrheit für die Zielvorgabe der Klimaneutralität der Stadt bis 2030 oder der Stadtgesellschaft bis 2035 zu erwarten. Immerhin gäbe es auch andere wichtige Ziele. Es solle nun der Fokus auf die Umsetzung der genannten Maßnahmen gelegt werden. Auch müssten sich die Anwesenden nun für ein gemeinsames Vorgehen einsetzen. Der Klimaschutz könne nur gemeinsam gelingen.

Frau Weihrauch erinnert an das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus 2021, nach dem Kommunen für den Klima- und Umweltschutz mehr leisten müssen.

Herr Fabisch merkt an, dass sich Unternehmen ambitionierte und über die eigenen beeinflussbaren Emissionen hinausgehende zeitbezogene Ziele über die Emissionen in den Wertschöpfungsketten setzen. Dahinter liege das Verständnis, dass Unternehmen ebenso wie Kommunen komplexe Systeme seien, deren Transformation nur über eine gesamthafte Betrachtung möglich sei. Ohne Ziele sei dies nicht umsetzbar. Die Frage nach dem direkten Einfluss helfe jedoch nicht im Hinblick auf die notwendigen Antworten auf die Herausforderungen der Transformation. Die Bilanzierung sei ursprünglich an den Beginn des Prozesses gestellt worden. Die Frage danach, was es zu messen gelte und welche Akteure welchen Einfluss nehmen können, sei hierfür maßgeblich gewesen. Aus zurückliegenden öffentlichen Workshops heraus entstand die Erkenntnis, dass der Bezug zu Einflussbereichen von ca. 14 oder 16 % keine Arbeit zu Gunsten einer steuerbaren Transformation darstelle. Unternehmen seien mit zeitbezogenen Zielen glaubwürdiger. Diese Ziele seien branchenabhängig. In Gütersloh gebe es zwar keine Stahlwerke, jedoch gebe es die Voraussetzungen für ambitioniertes Handeln. Unternehmen ernennen zeitlich hinterlegte Ziele auch für ihre Wettbewerbsfähigkeit. Herr Fabisch kann keine nachvollziehbaren Argumente dafür nennen, dass der Wille hierfür nicht bestehen solle. Dies wäre lediglich nachvollziehbar, sofern man einen starren Maßnahmenplan für die Umsetzung anwende. Ein solcher sei jedoch wiederum nachteilig, da er vor Ort nicht funktional sei. Alle Akteure benötigen das Verständnis für die potenziellen Ambitionen des kommunalen Handelns. Ohne dieses Ziel und dessen Herunterbrechen auf die Bilanzierungen seien die erzielten Fortschritte nicht mehr darstellbar.

Frau Ostermann merkt an, dass eine Kommune als Teil des Landes und des Bundes abhängig von

den realen Vorgaben sei. Es sei sinnvoll, diese Realitäten zu beachten. Es könne Enttäuschung hervorrufen, wenn diese realen Bedingungen nicht berücksichtigt würden. Dann drohe ein Erlahmen der Klimaschutzbemühung, wie dies gegenwärtig bereits erkennbar sei. Mit Verweis auf die vorgestellte Studie zum Umweltbewusstsein sei von einer drohenden sich vergrößernden Ungleichheit auszugehen.

Frau Warzecha merkt an, dass sie die Diskussion an dieser Stelle nicht nachvollziehen könne. So sei in der letzten Sitzung die Annahme des Klimaschutzkonzeptes abgestimmt worden, ebenso der Bedarf einer Jahreszahl. Die eingebrachte Befürchtung sei nachvollziehbar. Die Diskussion solle aber der Arbeit, die nach der Beratung und den möglichen Beschlüssen im Rat anstehe, nicht vorenweggenommen werden. Sie spricht sich dafür aus, den zurückliegenden Beschluss weiterhin zu vertreten.

Herr Gramlich kündigt an, dass diese Diskussion künftig fortzuführen sei.

Ein Ausschnitt des besagten Presseberichts ist im Anhang des Protokolls als Anlage beigefügt.

## **8. Antrag der FAG Bauen und Sanieren: Sukzessive Umsetzung von integrierten energetischen Quartierskonzepten**

Herr Gramlich bittet um Vorstellung des ergänzenden Antrags zum Klimaschutzkonzept durch die Facharbeitsgruppe Bauen und Sanieren. Hier wurde gewünscht, dass darüber möglichst früh beraten und abgestimmt werde sowie ggf. die Umsetzung erfolge, wofür auch eine künftige Zusammenarbeit mit dem Verein Klimatisch e. V. und anderen Akteuren angezeigt wäre.

Frau Topmüller erläutert den Vorschlag. Dieser könne ohne hohen Aufwand frühzeitig umgesetzt werden. Demnach könne das Format der im Jahr 2006 erfolgten und umfangreich beanspruchten Quartiersberatungen erneut herangezogen werden. Ein Konzept hierzu läge bereits vor. Eine frühzeitige Umsetzung sei erwünscht, da es bereits eine zweijährige Vor- und Zusammenarbeit an dem Klimaschutzkonzept gegeben habe. Die Akteure für die Umsetzung seien bekannt. Der Vorschlag sei selbsterklärend.

Herr Gramlich bedankt sich für die geleistete mehrstündige Vorarbeit hierzu. Er hofft, dass dieser Empfehlung gefolgt werde. Hierzu wird abgestimmt.

Das besagte Antragsschreiben ist im Anhang des Protokolls als Anlage beigefügt.

## **Beschluss**

Der Antrag soll als Empfehlung des Klimabeirates an den zuständigen Fachausschuss weitergegeben werden.

Ergebnis:

Der Antrag soll als Empfehlung des Klimabeirates an den zuständigen Fachausschuss weitergegeben werden.

## **9. Fragen der Verwaltung an den Klimabeirat**

Herr Gramlich erläutert die neuen Tagesordnungspunkte. Er berichtete von dem zurückliegenden Austauschtreffen. Hier sei viel Ernüchterung wach geworden. Zuallererst bringt Herr Gramlich als Lösungsvorschlag die Idee eines nicht-öffentlichen Treffens zwischen dem Klimabeirat und der Verwaltung an. Dort soll die zurückliegende Arbeit betrachtet werden. Eine Einladung wird Herr Gramlich vornehmen. Für ihn sei das letzte Jahr mit einer hohen Menge an oftmals vorab nicht absehbaren Terminen für das Klimaschutzkonzept verbunden gewesen. Er freue sich jedoch trotz der teils herausfordernden Umstände sowie der teils erst spät vorliegen-

den sowie gleichsam sehr umfangreichen zu sichtenden Unterlagen im Arbeitsprozess über das durch den Klimabeirat ausgesprochene Vertrauen in die skizzierte Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes. Die zurückliegenden Erfahrungen haben Herrn Gramlich dazu veranlasst, die Rolle des Klimabeirats zu überdenken. In diesem Zuge seien die beiden finalen Tagesordnungspunkte entstanden. Diese sollen zur Reflexion über die Rolle des Beraters anregen. Diese solle auf ein Echo stoßen, ohne dass dies bisher erfolgt sei. Er nennt als Beispiel die Arbeit von fünf Mitgliedern des Klimabeirats sowie deren Bereitschaft für eine Beratungsarbeit in Richtung der Fraktionen. Im Zuge der Ankündigung einer Klausur der CDU-Fraktion zum Klimaschutzkonzept seien dort alle Fraktionsmitglieder bezüglich einer Beratung mehrmals angefragt worden. Dies habe keine Resonanz gefunden. Mit Blick auf die bis zur Kommunalwahl verbleibende Anzahl von sechs Sitzungen des Klimabeirats ruft Herr Gramlich dazu auf, die künftige Art der Zusammenarbeit zu konkretisieren. Unter den bisherigen Umständen würde Herr Gramlich künftig von einer fortgeführten Tätigkeit absehen. Im Zuge der Zusammenarbeit mit der Verwaltung seien Fortschritte bereits erkennbar geworden. Hier erfolgte eine Zusammenarbeit in den Facharbeitsgruppen. Dabei sei nach ersten Differenzen ein positives Vertrauensniveau erreicht worden. Dies sei durch das Ausbleiben einer Rücksprache zwischen Beirat und Verwaltung im Zuge der Beratung zu der Empfehlung zu einem Hitzeaktionsplan teilweise wieder rückgängig gemacht worden.

## **10. Fragen der Politik an den Klimabeirat**

Herr Gramlich fragt nach aktuellem Beratungsbedarf oder nach einer erwünschten Teilnahme an Fraktionssitzungen.

Herr Birkenhake kündigt an, die wesentlichen Fragen und Anliegen in der am 07.02. anstehenden Fraktions-Sitzung bekanntzugeben. Aufgrund der kontroversen Betrachtung der Vorschläge für das Klimaschutzkonzept sei dieses detaillierter erörtert worden. Er bittet darum, die beruflichen und privaten Tätigkeiten der Mitglieder zu berücksichtigen und zu beachten, dass es sich um eine weitgehend ehrenamtliche Tätigkeit handele. Zudem seien die diesjährigen Abstimmungsprozesse zum Haushalt aufwändig. Fraktionsintern habe es zwar Bedenken gegeben. Er gehe jedoch davon aus, dass die im Rat erfolgende Beratung zufriedenstellend ausfallen werde.

Herr Mitschke betont, dass die Arbeit des Beirats sehr wohl auch fraktionsintern umfänglich beachtet und berücksichtigt würde. Konkret nennt er als Beratungsbedarf eine weitere Erläuterung zum Stadtklimagutachten. Er regt hier an, dass Herr Schüre vortragen könne. Hierfür seien fraktionsinterne Treffen oder die den Fachausschüssen zugeordneten Arbeitsgruppen denkbar. Thematisch schlägt er vor, dass zu erörtern sei, was bei entsprechenden Beschlüssen zu berücksichtigen wäre.

## **11. Verschiedenes**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Kurt Gramlich  
Vorsitzender

Leif Pollex  
Schriftführer



## Top 3 Bericht des Vorsitzenden - Umweltbewusstsein



## Umweltbewusstseinsstudie 2022

**Überblick über Ergebnisse  
der Hauptbefragung, der Zusatzbefragungen  
und des Zeitreihenbands**

Torsten Grothmann (IÖW) & Marlene Münsch (ConPolicy)

Fachkonferenz  
„Highlights der Umweltbewusstseinsstudie 2022 und Impulse  
für die sozial-ökologische Transformationsforschung“  
am 25. Januar 2024

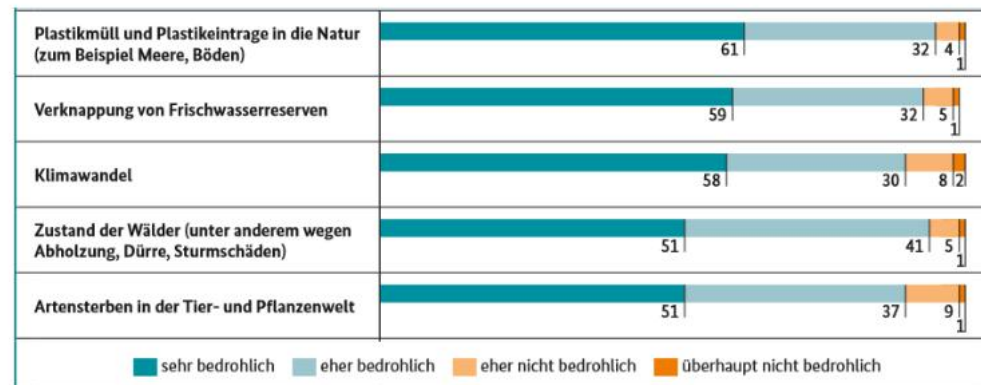
## Top 3 Bericht des Vorsitzenden - Umweltbewusstsein

### Wahrgenommene Bedrohlichkeit von Umweltproblemen



Frage: Auf der folgenden Liste finden Sie nochmals die Umweltprobleme [...]. Bitte geben Sie jeweils an, als **wie bedrohlich** Sie diese einschätzen.

- Bei allen 13 abgefragten Umweltproblemen bei mindestens 70 % der Befragten Bedrohungswahrnehmung vorhanden („sehr bedrohlich“ und „eher bedrohlich“)
- Größte Bedrohungswahrnehmung hinsichtlich „Plastikmüll und Plastikeinträgen in die Natur“





## Top 3 Bericht des Vorsitzenden - Umweltbewusstsein

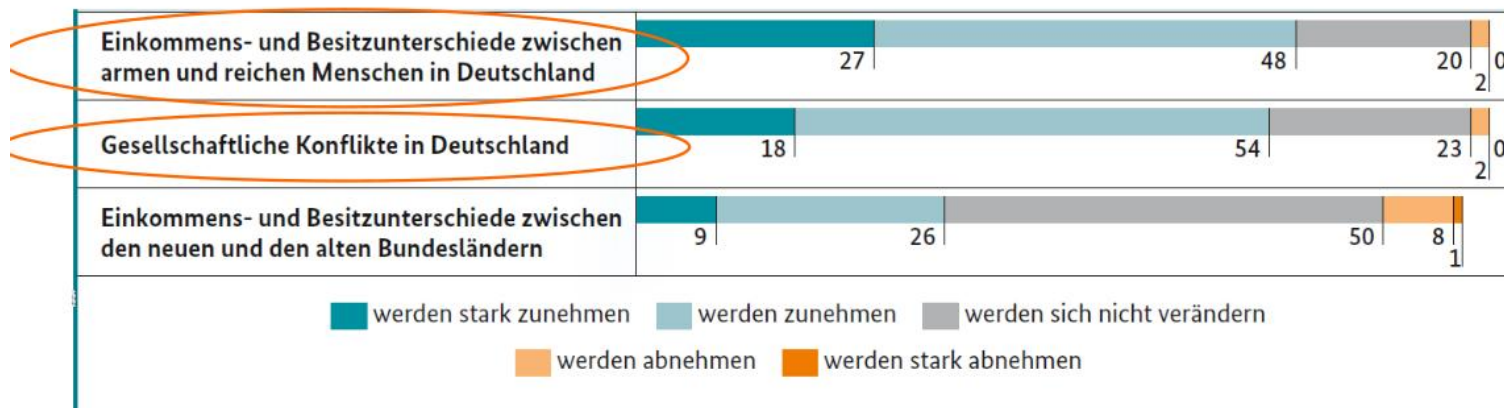
### Erwartete gesellschaftliche Folgen: Mehr Unterschiede und Konflikte durch den ökologischen Wirtschaftsumbau



Frage: Was meinen Sie: Werden durch den von der Bundesregierung angestrebten Umbau zu einer umwelt- und klimafreundlichen Wirtschaft in Deutschland Unterschiede und Konflikte innerhalb der Gesellschaft zunehmen oder abnehmen?

Über 70 % erwarten durch den ökologischen Wirtschaftsumbau

- Vergrößerung der Schere zwischen Arm und Reich
- Zunahme gesellschaftlicher Konflikte



# Klimabeirat Gütersloh

Top 3 Bericht des Vorsitzenden - Gesund innerhalb planetarer Grenzen!



**Planetary Health Forum '23** #PHF23

Auf dem Weg zu Gesundheit innerhalb Planetarer Grenzen

Nachbereitender Workshop am 1. Februar 2024

30.11. – 1.12.2023  
Umweltforum, Berlin & online

- ▶ <https://planetaryhealthforum.de/memorandum-fuer-gesundheit-innerhalb-planetarer-grenzen/>



Top 3 Bericht des Vorsitzenden - Dank für die Mitarbeit!

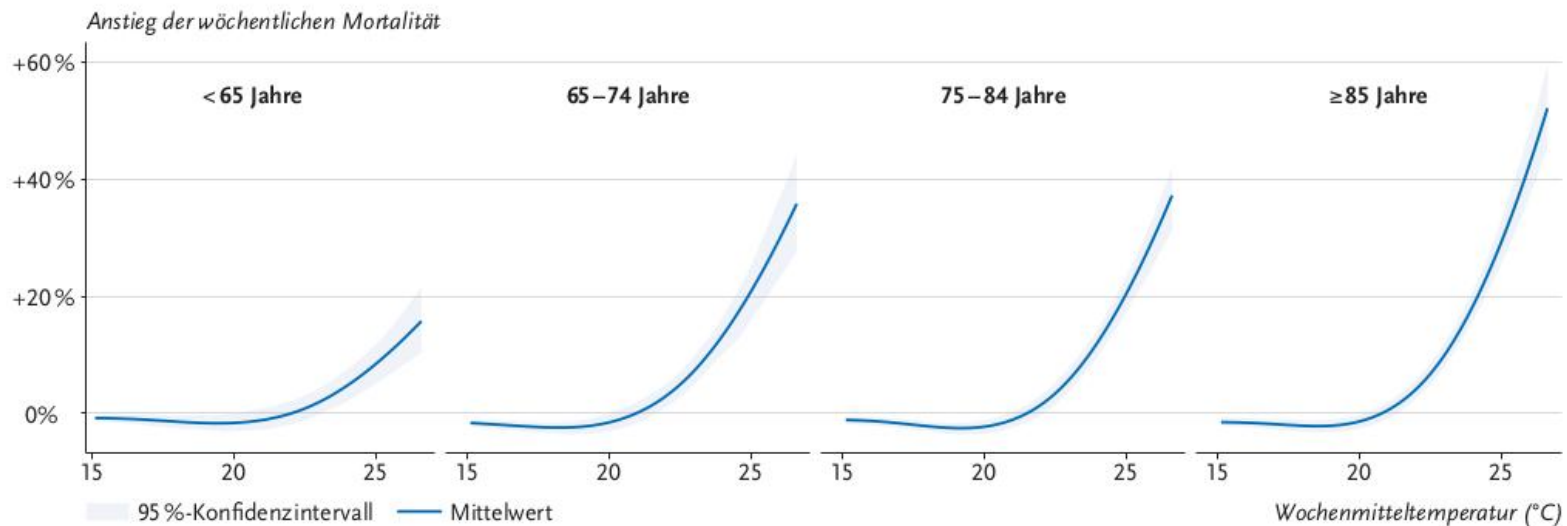


► [https://fee-owl.de/download/230813\\_antrag\\_hitzeplan.md.pdf](https://fee-owl.de/download/230813_antrag_hitzeplan.md.pdf)

## Top 3 Bericht des Vorsitzenden - Hitze Mortalität!

Hitze in Deutschland: Gesundheitliche Risiken und Maßnahmen zur Prävention

FOCUS



- ▶ Quelle: Journal of Health Monitoring DOI 10.25646/11645
- ▶ [http://fee-owl.de/download/JHealthMonit\\_2023\\_S4\\_Hitze.pdf](http://fee-owl.de/download/JHealthMonit_2023_S4_Hitze.pdf)

### Top 3 Bericht des Vorsitzenden - Tätigkeiten!

- ▶ Vorträge
  - ▶ Halle (Westf.) 16.01.2024
  - ▶ Münster 23.11.2023
  - ▶ Steinhagen 19.11.2023
  - ▶ Bielefeld 15.11.2023
- ▶ Pressemitteilung
- ▶ Brief an Verwaltung und Politik
- ▶ Brief an die Fraktionen
- ▶ Gespräch mit Dezernenten

Top 3 Bericht des Vorsitzenden - Presse NW 26.01.2024

## Klimabeirat der Stadt kritisiert Politik

Seine Forderung: Beschluss des Klimaschutzkonzeptes und sechs Sofortmaßnahmen.

■ **Gütersloh.** Der Klimabeirat der Stadt Gütersloh bezieht in einer Pressemeldung Stellung zur jüngsten Sitzung von Umwelt- und Bauausschuss:

„Die Entscheidung in der letzten gemeinsamen Sitzung von Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz und Ausschuss für Planen, Bauen und Immobilien stellt erneut ein extrem negatives Beispiel dar, wie es in wichtigen Themenfeldern in Gütersloh nicht vorgeht“, heißt es in der Mitteilung. „Der Klimabeirat erwartet jetzt, dass die Politik in der Ratssitzung am 2. Februar entscheidet: Das Klimaschutz-

konzept wird beschlossen und nicht nur zur Kenntnis genommen. Klimaneutralität des Konzerns Stadt Gütersloh bis 2030. Klimaneutralität der Stadtgesellschaft bis 2035.

Diese sechs wichtigsten Maßnahmen sind in 2024 zu starten:

- ◆ Multiprojektmanagement verankern und vernetzen.
- ◆ Digitales Monitoring und Controlling entwickeln und anwenden.
- ◆ Prüfung des kommunalen Haushaltes auf Klimarelevanz und Nachhaltigkeit.
- ◆ Strategie „Klimafreundliche Verwaltung“

◆ Kommunikationsstrategie entwickeln

◆ Sukzessive Umsetzung von integrierten energetischen Quartierskonzepten

Das über einen sehr langen Zeitraum, in einem äußerst komplizierten Verfahren und mit erheblichem Zeit- und Geldaufwand erstellte Klimaschutzkonzept sei im Ausschuss noch nicht einmal beschlossen worden, moniert der Klimabeirat.

Ziel sollte ursprünglich ein dynamischer Prozess sein, das hatte der Klimabeirat vor zwei Jahren empfohlen und von einem statischen Papier abge-

raten. Ergebnis ist jetzt Ernüchterung auf allen Seiten über ein noch nicht einmal beschlossenes, mehr als hundertseitiges Papier.

Klimaschutz in Gütersloh könne allerdings nur dann gelingen, wenn der Klimaschutz an Spitze von Verwaltung und Politik oberste Priorität habe. Dies aber sei bis heute nicht der Fall.

„Die letzte Mehrheitsentscheidung der Politik zeigt, dass die Dringlichkeit des Klimaschutzes noch immer nicht zu entschlossenem Handeln führt“, heißt es abschließend in dem Schreiben.



### Top 3 Bericht des Vorsitzenden - Presse Glocke 29.01.2024

— *Klimabeirat nimmt Stellung* —

## „Ernüchterung auf allen Seiten“

**Gütersloh** (gl). „Das Klimaschutzkonzept muss beschlossen werden“, mahnt der Klimabeirat. Er kritisiert die politische Entscheidung zum Klimaschutzkonzept. Die Entscheidung in der jüngsten Sitzung vom Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz und Ausschuss für Planen, Bauen und Immobilien stellt laut Klimabeirat „erneut ein extrem negatives Beispiel dar, wie es in wichtigen Themenfeldern in Gütersloh nicht vorangeht“.

Der Klimabeirat erwartet jetzt, dass die Politik in der Ratssitzung am Freitag, 2. Februar, entscheidet: „Das Klimaschutzkonzept wird beschlossen und nicht nur zur Kenntnis genommen. Klimaneutralität des Konzerns Stadt

Gütersloh bis 2030, Klimaneutralität der Stadtgesellschaft bis 2035.“ Diese sechs wichtigsten Maßnahmen seien 2024 zu starten: Multiprojektmanagement verankern und vernetzen, digitales Monitoring und Controlling entwickeln und anwenden, Prüfung des kommunalen Haushaltes auf Klimarelevanz und Nachhaltigkeit, Strategie „Klimafreundliche Verwaltung“, Kommunikationsstrategie entwickeln, sukzessive Umsetzung von integrierten, energetischen Quartierskonzepten.

Das über einen sehr langen Zeitraum, in einem äußerst komplizierten Verfahren und mit erheblichem Zeit- und Geldaufwand erstellte Klimaschutzkon-

zept werde im Ausschuss noch nicht einmal beschlossen. Ziel habe ursprünglich ein dynamischer Prozess sein sollen, „das hatte der Klimabeirat vor zwei Jahren empfohlen und von einem statischen Papier abgeraten“. Ergebnis sei jetzt Ernüchterung auf allen Seiten über ein noch nicht einmal beschlossenes, mehr als hundertseitiges Papier.

Klimaschutz in Gütersloh könne nur dann gelingen, wenn der Klimaschutz an Spitze von Verwaltung und Politik oberste Priorität habe. Dies sei bis heute nicht der Fall. Die letzte Mehrheitsentscheidung der Politik zeige, dass die Dringlichkeit des Klimaschutzes noch immer nicht zu entschlossenem Handeln führe.

Top 3 Bericht des Vorsitzenden - Presse NW 29.01.2024

# OWL-Firmen unterzeichnen Appell für Klimaschutz

Miele, Schüco und 50 andere Unternehmen fordern Schulterschluss der Politik gegen Demokratiefeinde und für den klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft.

Martina Herzog

■ **Berlin.** Mehr als 50 namhafte Unternehmen, darunter etliche aus OWL, verlangen von der Politik einen klaren politischen Rahmen für den klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft. „Andere Staaten wie China und die USA investieren gewaltige Summen in die Transformation. Bei uns dagegen herrschen Unsicherheit und Skepsis“, heißt es in dem Appell, den auch die Unter-

Standorts Deutschland, warnen aber: „Weder Regierung noch Opposition gelingt es derzeit, diese Chance für Wettbewerbsfähigkeit, Resilienz, gute Jobs und Wohlstand zu vermitteln.“

Die Unternehmen fordern eine „Transformationskommission“ mit Mitgliedern aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft. Grüner Strom und Wasserstoff müssten zudem zu wettbe-

werbsfähigen Preisen zur Verfügung stehen, außerdem müssten die nötigen öffentlichen Gelder für den Umstieg bereitgestellt werden. Dafür müsse die Schuldenbremse weiterentwickelt – sprich: gelockert – werden. Die Umstellung müsse sozialverträglich gestaltet werden.

Die Versäumnisse in der Wirtschafts-, Energie- und Umweltpolitik bürden große soziale Sprengkraft, heißt es.

„Die neue Rechte macht sich dies zunutze und bedroht neben unserer Demokratie auch unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.“

Zu den Unterzeichnern des Appells gehören unter anderem Ikea, die Telekom, ThyssenKrupp, Ritter Sport sowie Rossmann und dm. Angesprochen hat ihn die Stiftung Klimawirtschaft, eine Initiative von Vorstandsvorsitzenden, Geschäftsführern und Familienunternehmern, die sich für

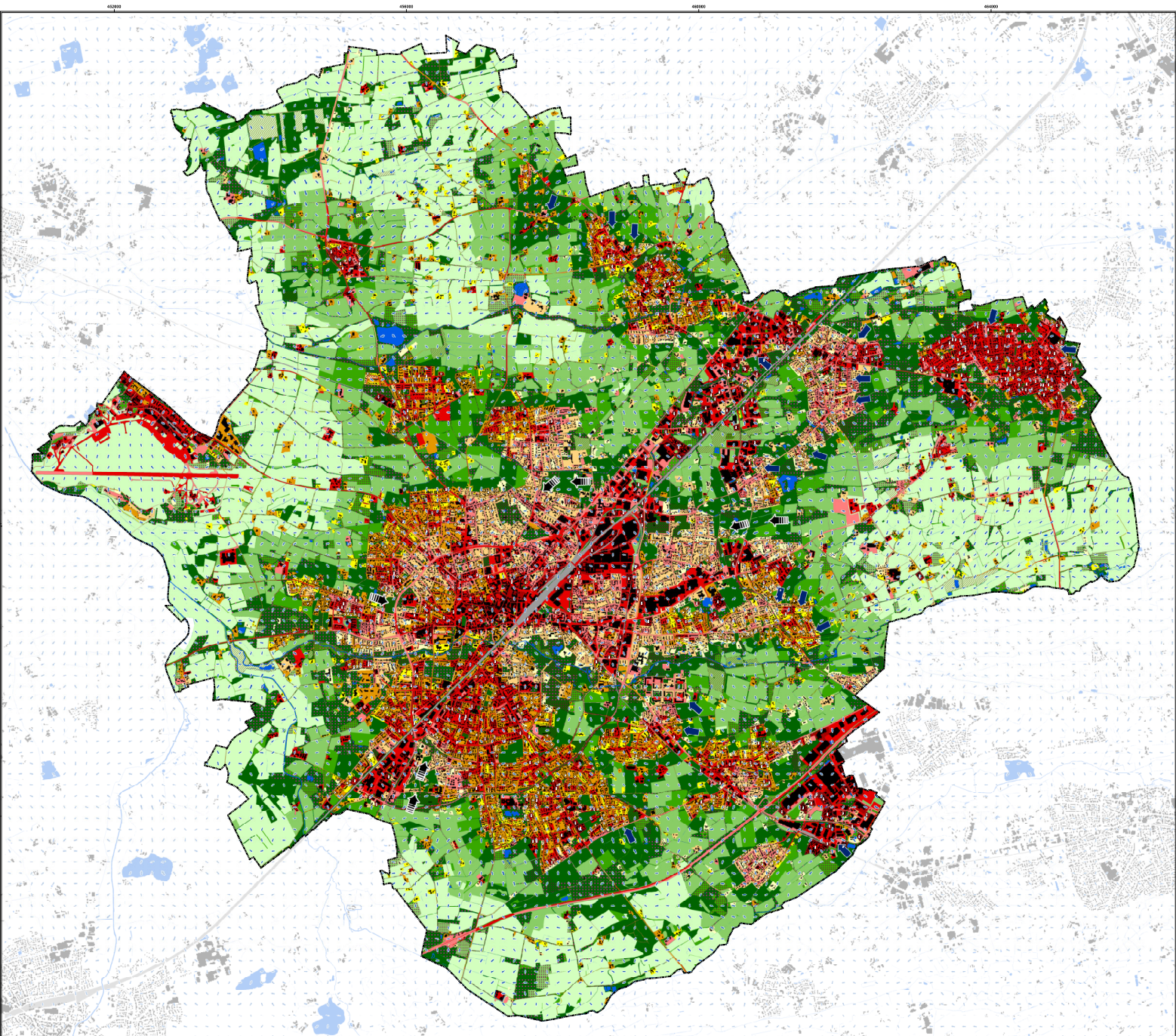


- ▶ Plädoyer für mehr Nachhaltigkeit aus dem Bundestag
- ▶ <https://digitalcourage.video/w/bS5QmK3Zh9fWtJ7MHSPEoy>

Danke für die Aufmerksamkeit!



# K25: Planungshinweiskarte Stadtklima



## AUSGLEICHSRAUM: GRÜN- / FREIFLÄCHEN, LANDWIRTSCHAFTLICHE FLÄCHEN, WALD

**Stadtklimatischer Schutzbedarf**  
In die Bewertung fließen sowohl die Kaltluftentstehung und Kaltluftströmung auf den Flächen als auch deren Funktion als öffentliche Rückzugsorte an heißen Tagen ein.

- Höchster Schutzbedarf**
- Sehr hoher Schutzbedarf**
- Hoher Schutzbedarf**
- Mäßiger Schutzbedarf**
- Öffentliche Grünflächen**

### Grünflächen und Wälder innerhalb von 300 m Luftlinie zu am Tag belasteten Siedlungsflächen

- Hauptentlastungsraum** (mindestens hohe Bedeutung am Tag)
- Erweiterter Entlastungsraum** (mittlere Bedeutung am Tag)

## KALTLUFTPROZESSE IM AUSGLEICHSRAUM

- Kaltluftleitbahn**
- Kaltluftlabluss**

## BODENNAHES STRÖMUNGSFELD (UM 04:00 UHR, AGGREGIERT AUF EINE AUFLÖSUNG VON 150 M)

↑ Windgeschwindigkeit > 0,1 m/s

## WIRKRAUM: SIEDLUNGSFLÄCHEN UND ÖFFENTLICHER RAUM [STRAßENVERKEHR]

**Stadtklimatische Handlungspriorität**  
Die Bewertung beruht in bewohnten Gebieten hauptsächlich auf den Schlafbedingungen (nächtliche Überwärmung und Kaltluftfunktion), in unbewohnten Gebieten vorrangig auf der Aufenthaltsqualität im Außenraum. Grundsätzlich wird die Einhaltung klimaökologischer Standards in allen Flächen empfohlen. Die Bewertung soll eine Hilfestellung geben, in welchen Flächen Maßnahmen zur stadtklimatischen Anpassung besonders wichtig und bevorzugt anzugehen sind. Daraus ergibt sich explizit keine Reihenfolge der Maßnahmenumsetzung in den einzelnen Flächen.

- Handlungspriorität 1**
- Handlungspriorität 2**
- Handlungspriorität 3**
- Handlungspriorität 4**
- Handlungspriorität 5**
- Handlungspriorität 6**
- keine vorrangige Handlungspriorität**

## RAUMSTRUKTUR

- Stadtgrenze
- Gewässer
- Bewerteter Verkehrsraum
- Sonstiger Verkehrsraum
- Gebäude

## ENTWICKLUNGSFLÄCHEN

- Entwicklung ohne weitere Maßnahmen stadtklimaverträglich möglich
- Entwicklung mit optimierenden Maßnahmen stadtklimaverträglich möglich
- Entwicklung aus stadtklimatischer Sicht nicht empfehlenswert

## STADTKLIMAGUTACHTEN GÜTERSLOH - Planungshinweiskarte Stadtklima -

Die Planungshinweiskarte Stadtklima zeigt eine (auf das Schutzgut "Mensch" ausgerichtete) klimatische Bewertung des Siedlungs- und Ausgleichsraums in Gütersloh und leitet daraus allgemeine Planungshinweise ab (Abwägungsmaterial für den Belang Klima). Die Bewertung kombiniert die Tag- und Nacht-Situation und berücksichtigt die Auswirkungen des Klimawandels bis zum Jahr 2035. In das Klimamodell wurde zudem eine mögliche städtebauliche Entwicklung in zwei verschiedenen Szenarien integriert, sodass potentielle Wohn- und Gewerbeflächen hinsichtlich ihrer klimatischen Auswirkungen eingestuft werden können.

<p><b>KARTOGRAPHISCHE LEGENDE</b> HINTERGRUNDKARTE : TopPlusOpen (WMS-Dienst des Bundesamts für Kartographie und Geodäsie (BKG)) KOORDINATENSYSTEM : UTM32 (ETRS89) MAßSTAB : 1 : 19.500 (in Originalauflösung) KARTENERSTELLUNG : Dezember 2023</p>	<p><b>METEOROLOGISCHE RANDBEDINGUNGEN</b> BASISDATUM : 21.06. (Sonnenhöchststand) WETTERLAGE : Autochthon (0/8 Bewölkung) ANTRIEB : Kein übergeordneter Antrieb</p>
--	---

# TOP 5.

---

## Stadtklimagutachten

- Bildung einer neuen Facharbeitsgruppe
- Welche Empfehlungen gibt aus Sicht des Klimabeirates?
- Was ist mit Kaltluftleitbahnen, Kaltluftentstehungsgebieten, Grünschneisen?
- Wie geht Flächenschutz in Gütersloh (Ziele und Grenzen, Nachhaltigkeitsstrategie)?



### Top 6 Schwammstadt und Hochwasser

📍 Meldeverfahren

🏠 Stadt Dorsten

📁 Umwelt, Klima und Nachhaltigkeit

## Nachbetrachtung des Lippehochwassers Ende Dezember 2023 / Anfang Januar 2024



Hochwasser Lippe (Aufnahme Stadt  
Dorsten)

### Ihre Mithilfe ist uns wichtig!

Dauerregen hat über die Feiertage und den Jahreswechsel 2023/2024 zu Grundwasseranstieg, gesättigten Böden und hohen Lippewasserpegeln geführt. Um Beobachtungen, evtl. Schäden und Einschränkungen möglichst umfassend dokumentieren und nachbereiten zu können, möchten wir Sie, die Dorstener Bürger\_Innen, aufrufen, Ihre Erfahrungen aus dieser Zeit mit uns zu teilen.

Top 7 Klimaschutzkonzept NW 08.02.2022

# Gesucht: 30 Projekte für den Klimaschutz

Das Konzept aus dem Jahr 2013 wird fortgeschrieben. Zugleich ist eine  
Öffentlichkeitskampagne geplant.

Rainer Holzkamp

geschrieben werden. Erneut mittelt und die kommunalen **Drei Themen**

Klimabeirat fordert:

- ▶ Konzern Stadt 2030
- ▶ Stadtgesellschaft 2035

## **Antrag des Klimabeirats zum zügigen Maßnahmenbeginn von Projekt 1.1.1.3 "Sukzessive Umsetzung von integrierten energetischen Quartierskonzepten"**

Wir beantragen, dass die Maßnahme in Form von ortsnahen Sanierungsberatungen in Wohnquartieren bereits ab 2024 – in Anlehnung an ähnliche Angebote, wie z. B. im Jahr 2006 im Gütersloher Mädchenviertel (Quartier südlich von Miele) – durchgeführt wird.

### **Begründung**

Um die Klimaziele im Sektor Gebäude zu erreichen, sind erhebliche Anstrengungen erforderlich. Die Sanierungsrate ist für eine erfolgreiche Wärmewende zu erhöhen und bei einem Heizungstausch sollten Heizungen eingesetzt werden, die ohne fossile Energieträger betrieben werden. Aufgrund der hohen Anzahl von Ein- und Zweifamilienhäusern im Stadtgebiet ist absehbar, dass einige Quartiere nicht für ein Wärmenetz infrage kommen. Hier kann durch ein zielgruppenspezifisches Beratungsangebot vor Ort die Motivation zur Sanierung verbessert werden.

Bei bereits durchgeführten Quartiersberatungen im Jahr 2006 im Mädchenviertel und nachfolgend in anderen Quartieren konnten zahlreiche Akteure in einem Netzwerk zusammengeführt werden, welches in Anbetracht der aktuellen bedrohlichen Klimalage zügig reaktiviert und ausgeweitet werden sollte.

Da die meisten Ansprechpartner und Institutionen noch aktiv sind, gilt es nunmehr, die Erfahrungen – ergänzt durch weitere Aktionen – in eine Beratungsoffensive einzubringen. Dass eine aufwändige Ausarbeitung nicht erforderlich ist, zeigt die unten angefügte kurze Zusammenstellung des Ablaufs. Dieser Erfahrungsschatz sollte nun für eine schnelle Umsetzung bereits im Jahr 2024 genutzt werden. Daher wird diese Maßnahme als sehr kostengünstig mit ca. 10.000 € /Jahr eingeschätzt, plus Kosten für Anmietung von Räumen.

### **Ablauf der Umsetzung**

#### **1) Auswahl eines Quartiers anhand von Kriterien, wie z. B.**

- Ausschlusskriterium kommunale Wärmeplanung (z.B. ein Quartier, welches definitiv kein Wärmenetz erhalten wird)
- besonders alte Bausubstanz
- hohe Energieverbrauchswerte
- hoher Sanierungsstau beim Heizkesseltausch (besonders alte Kessel)
- Alterszusammensetzung der Eigentümer
- hoher Selbstnutzeranteil



## **2) Reaktivierung und Ausbau eines Beraternetzwerkes,**

Datenerhebung, digitaler Zwilling (Stadt Gütersloh, Berater, Stadtwerke, Wohnungswirtschaft)

## **3) Auftaktveranstaltung in Bürger-, Vereins-, Gemeindehaus, Kirche, Kreditinstitut, Gasthofsaal etc.**

- Bürger öffentlich und persönlich einladen (Anschreiben Bürgermeister)
- Vorstellung des Projekts
- Themen-Tische mit Fachleuten (z. B. Energieberatung, Stadtwerke, Handwerk, Architekten, Kreditinstitute, Klimafolgenmanager)
- Motto: "Stille und Dialog", lockere Atmosphäre
- in Kontakt kommen und informieren
- das städtische Förderprogramm für das Quartier anpassen bzw. speziell bewerben
- Einbinden der lokalen Presse und Medien

## **4) Beratungsoffensive starten**

- Angebot für kostenlose Beratungen, z. B. die ersten Hundert werden gesponsert
- Haus-zu-Haus-Beratungen oder Energieberatung von ALTBAUNEU oder Angebot der Verbraucherzentrale (Eigenanteile werden übernommen: Stadt Gütersloh, Stadtwerke oder Gütersloher KlimaTisch e.V. bzw. anderes Sponsoring)
- Eröffnung eines Quartiersbüro als Anlaufstelle für die Bürger
- Büro anmieten oder Container aufstellen
- Bürozeiten 2 x pro Woche nachmittags
- Ansprechpartner der Stadt ist vor Ort
- Laufzeit während der Beratungen, bis zu einem halben Jahr

## **5) Erfolgsmeldung**

- Rückmeldung über Erfolg des Projekts über das städtische Förderprogramm,
- Evaluation über Verbraucherzentrale und ALTBAUNEU erfolgt automatisch.

## **6) Resümee und Auswertung**

- Erfahrungen austauschen
- Erfolge berechnen
- Konzept auf weitere Quartiere übertragen, Ziel zwei Quartiere pro Jahr

07.12.2023 Brigitte Topmüller, FAG Bauen und Sanieren